

BJÖRN RESENER

## Israel: Siedler und Siedlungen – Hindernisse auf dem Weg zum Frieden

*In der Nacht zum 12. Dezember 2009, nur wenige Stunden vor Beginn einer Menschenrechtsdemonstration mit mehreren tausend Teilnehmern in Tel Aviv, verwüsteten Unbekannte die Moschee des im Westjordanland gelegenen palästinensischen Dorfes Kfar Yassuf. Sie sprühten rassistische und islamfeindliche Slogans an die Wand des Gebetshauses und verbrannten Teppiche sowie Koran-Exemplare. Nicht nur die Jerusalem Post vermutete, dass hinter dem Anschlag fundamentalistische jüdische Siedler standen und dass ein Zusammenhang mit dem vom israelischen Sicherheitskabinett am 25. November 2009 beschlossenen zehnmonatigen Baustopp für israelische Siedlungen im Westjordanland existierte. Das Beispiel verweist darauf, dass die israelischen Siedler ein ernst zu nehmender Faktor für den Friedensprozess im Nahen Osten sind. Doch wie groß ist ihr Einfluss auf die israelische Politik? Wie legitimieren sie ihre Aktivitäten und warum entspringt ihren Reihen immer wieder Gewalt?*

### Geschichte der Siedlungsbewegung

Im Junikrieg 1967 besiegte Israel in sechs Tagen Ägypten und Syrien und wehrte auch den Angriff Jordaniens ab. Die israelische Armee besetzte Ost-Jerusalem und Sinai, die Golanhöhen, den Gazastreifen und das Westjordanland. Nach offizieller Diktion der damaligen sozialdemokratischen Regierung sollten die eroberten Gebiete als Faustpfand und Trumpfkarte für künftige Friedensverhandlungen dienen – eine Argumentation, die sehr bald zugunsten israelischer Landnahme und Siedlungstätigkeit in den betreffenden Territorien aufgegeben wurde.

Bereits unmittelbar nach dem Krieg bedrängten „der erste Siedler“ Hanan Porath und seine Anhänger die israelische Regierung mit der Forderung, sich im Westjordanland niederlassen zu dürfen. Porath war als Kind während des Unabhängigkeitskrieges 1948/49 mit seiner Familie aus der Westbank geflohen. Dieses Schicksal teilte er mit annähernd 700.000 orientalischen Juden aus arabischen Ländern, die freilich erst später Israel erreichten, und mit ähnlich vielen palästinensischen Flüchtlingen aus dem heutigen Staatsgebiet Israels, die im ersten Nahostkrieg ihre Heimat verlassen mussten. Nach kurzem Zögern bekamen die Siedler die Erlaubnis der Regierung und so wurde noch im Jahre 1967 Kfar Etzion wieder gegründet. Gleichzeitig wurde die Ortschaft zur „sicherheitsstrategischen Siedlung“ erklärt; sie kam damit in den Genuss öffentlicher Gelder.

In den folgenden Jahren wurden – im Rahmen des so genannten Allon-Plans der sozialdemokratisch dominierten Regierung – weitere Siedlungen nicht nur im Westjordanland, sondern auch im Gazastreifen, auf den Golanhöhen und auf der Halbinsel Sinai errichtet. Nunmehr jedoch waren nur die wenigsten Siedler Nachfahren von einst in diesen Gebieten lebenden Juden. Auf der

ägyptischen Sinai-Halbinsel z. B. handelte es sich zumeist um sozial benachteiligte Israelis, für die die besetzten Gebiete eine günstige Chance boten, Land zu besiedeln und billig Wohnraum zu erwerben. Von ihnen ging nur begrenzter Widerstand aus, als Sinai im Rahmen des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags von 1979 an Ägypten zurückgegeben und den Siedlern auferlegt wurde, bis 1982 die Halbinsel zu verlassen; der ökonomische Verlust wurde durch Entschädigungszahlungen ausgeglichen.



Elon Moreh, eine der ersten „illegalen“ Siedlungen in der Westbank  
Foto: Menahem Brodi, Hebr. Wikipedia, cc-by-sa-2.5

In der Folgezeit forcierte die 1977 an die Macht gelangte rechte *Likud*-Regierung die Siedlungsaktivitäten insbesondere im Gazastreifen und im Westjordanland. Hatte es unter der *Avoda*-Regierung zu diesem Zeitpunkt lediglich 6.000 jüdische Einwohner in 28 Siedlungen des Westjordanlands und des Gazastreifens gegeben, so erhöhte sich die Zahl der Siedlungen bis 1984 auf 114 mit etwa 42.000 Bewohnern. Die jüdische Bevölkerung im arabischen Ostteil Jerusalems und in den angrenzenden Vororten stieg auf etwa 60.000. In den Jahren der Regierung der nationalen Einheit (1984 bis 1990) bzw. unter abermaliger *Likud*-Herrschaft (1990 bis 1992) verdreifachte sich die Zahl der Siedler noch einmal.<sup>1</sup> Als einer der Väter des Siedlungswerks

galt Ariel Sharon. Im Jahr 2005, als die *Likud*-Regierung unter seiner Führung die israelischen Siedlungen im Gazastreifen räumen ließ, dankten ihm die Siedler seine jahrzehntelange Lobbyarbeit allerdings nicht. Sie organisierten massenhaften und zum Teil gewalttätigen Widerstand. Im Gegensatz zu den Sinai-Siedlern von 1982 waren die Bewohner von Gush Katif 2005 in erster Linie ideologisch-messianisch motiviert. Sie bekamen Hilfe von nicht weniger fundamentalistischen Aktivisten aus dem Westjordangebiet bzw. aus dem israelischen Kernland, wo sich die Stimmungslage im Vergleich zu 1982 gravierend verändert hatte. Die Zahl der Siedler und Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten hat sich seither kontinuierlich erhöht – nur wenig beeinträchtigt durch den Oslo-Prozess der 1990er Jahre. Heute verfügt Israel über 120 „offizielle“ sowie 99 „illegale“ – d. h. ohne Zustimmung der Regierung errichtete – jüdische Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten<sup>2</sup>. Laut israelischer Zivilverwaltung wohnen in ihnen 312.940 Siedler; hinzu kommen nahezu 200.000 Siedler in Ost-Jerusalem. Einige der Siedlungen liegen in unmittelbarer territorialer Nähe zum israelischen Staatsgebiet, andere mitten im Westjordanland, mit dem israelischen Kernland durch spezielle (Bypass-) Straßen verbunden, die nicht selten nur Israelis benutzen dürfen.

## Sonderfall Jerusalem

Das 1967 besetzte Ost-Jerusalem nimmt eine Sonderstellung im offiziellen Siedlungsprojekt ein. Die israelische Rechtsprechung war noch im Kriegsjahr auf ganz Jerusalem ausgedehnt worden. 1980 verabschiedete die Knesset zudem das Grundgesetz „Jerusalem“, mit dem die gesamte Stadt zur „unteilbaren“ Hauptstadt Israels erklärt wurde. Die faktische und juristische Annexion Ost-Jerusalems wurde durch die internationale Staatengemeinschaft freilich nie anerkannt.

Große Gebiete Jerusalems waren und sind dicht mit Palästinensern besiedelt. Den rechtlichen Status eines „Ständigen Einwohners“ Jerusalems behalten diese jedoch nur, so lange sie Steuern zahlen bzw. ihre Bürgerschaft – bei vorübergehender Abwesenheit – ständig erneuern. Von der rechtlichen Möglichkeit, die israelische Staatsbürgerschaft zu erwerben oder an der Wahl zum Jerusalemer Stadtparlament teilzunehmen, macht kaum ein arabischer Jerusalemite Gebrauch – hieße ein derartiger Akt doch, den israelischen Anspruch auf die gesamte Stadt und damit die völkerrechtswidrige Annexion Ostjerusalems anzuerkennen. Trotz gleicher steuerlicher Belastung werden für einen jüdischen Bewohner durchschnittlich siebenmal mehr öffentliche Mittel ausgegeben als für einen der 250.000 palästinensischen Bürger der Stadt.

Seit der Besetzung Ost-Jerusalems zielt die israelische Politik überdies darauf ab, eine jüdische Mehrheit auch in diesem Stadtteil zu erreichen. Die durch die Munizipalverwaltung minimierte Finanzierung des Straßenbaus, der Müllabfuhr sowie der Gesundheits- und Bildungseinrichtungen trägt zu der geringeren Lebensqualität in den palästinensischen Vierteln bei und führt – gewollt – zu Abwanderungsbewegungen. Palästinensische Bürger Jerusalems haben darüber hinaus kaum Chancen, Baugenehmigungen für ihren Bodenbesitz zu erlangen. Dem natürlichen Bevölkerungswachstum geschuldete illegal erbaute Häuser von Palästinensern werden im Auftrag der Stadtverwaltung nicht selten zerstört.

Im Gegenzug wird die jüdische Besiedlung arabischer Wohngebiete administrativ wie finanziell gefördert. Palästinensische Viertel in Jerusalem sollen möglichst umschlossen und eine territoriale Kontinuität zum palästinensischen Siedlungsgebiet in der Westbank verhindert werden. Für den Bau der Siedlungen enteignete der israelische Staat etwa ein Drittel der Fläche Ost-Jerusalems – nicht selten aus dem Besitz privater palästinensischer Eigentümer. Der israelischen NGO *Peace Now* zufolge zählen die Siedlungen in und um Jerusalem heute etwa 190.000 jüdische Bewohner, die zumeist wegen der – für sie – vergleichsweise hohen Lebensqualität dort hingezogen waren. Diese moderne Variante des „zionistischen Siedlungswerks“ lockt zudem auch viele ideologisch motivierte Siedler nach Ost-Jerusalem. Sie wohnen zumeist in kleinen Enklaven inmitten der palästinensischen Viertel; von zahlenmäßig gleich vielen Sicherheitskräften bewacht, werden sie durch die israelische Regierung umfassend unterstützt.

Insgesamt zielt die israelische Präsenz in den palästinensischen Vierteln Ost-Jerusalems darauf ab, unumkehrbare Tatsachen zu schaffen, mit deren Hilfe eine abermalige Teilung der Stadt verhindert und dem palästinensischen Anspruch auf Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines künftigen palästinensischen Staates die Legitimität entzogen werden soll.

## Siedler als pressure group: Politische Strukturen und Einflussnahme auf den Staat

Laut einer Untersuchung von *Peace Now* sind Siedler mehrheitlich nicht unbedingt ideologisch motiviert, sondern, wie bereits dargelegt, nicht selten auf der Suche nach einem höheren Lebensstandard. 39 Prozent werden als „ideologisch“ geprägt, knapp ein Prozent als „extrem ideologisch“ angesehen. Ihnen stehen 29 Prozent „Ultra-Orthodoxe“ (Charedim) und 31 Prozent „nicht-ideologische“ Siedler gegenüber<sup>3</sup>. Politisch aktiv sind hauptsächlich jene, die aus

national-religiöser Überzeugung in den besetzten Gebieten siedeln. Aktiv unterstützt von Zeloten im Mutterland kämpfen sie für ein Israel in biblischen Grenzen.

Die *Bewegung für Groß-Israel* konstituierte sich bereits 1967; sie forderte die Verewigung der israelischen Herrschaft über die besetzten Gebiete. 1974 formierte sich in ihrem Rahmen die Bewegung *Gush Emunim* (Block der Getreuen), die sich auf die Lehren Rav Avraham Jizchak Ha-Cohen Kooks und dessen Sohns Zvi Jehuda Kook berief und mehrheitlich der Nationalreligiösen Partei nahe stand. Der Jerusalemer Politologe Ehud Sprinzak bezeichnete sie als eine der „einflussreichsten gesellschaftlichen Bewegungen der Nation mit beispielloser Bedeutung für Regierungspolitik und öffentliche Meinung“<sup>4</sup>. Während *Gush Emunim* sich immer dann sichtbar als Bewegung präsentierte, wenn die israelische Regierung – in der Regel aus außenpolitischer Rücksichtnahme – ihren Druck auf die Siedler verstärkte, entstand 1980 eine Struktur, die auf vermeintlich moderatere Art und Weise kontinuierlich Einfluss auf die israelische Politik zu nehmen suchte – der *Jesha*-Rat (Rat der Siedler von Judäa, Samaria und Gaza) als Dachverband der Siedler.

Laut Aussage des bis vor kurzem als Direktor des *Jesha*-Rats tätigen Pinchas Wallerstein erfasst die Vereinigung 95 Prozent der Siedlungen und somit „ideologische“ wie „nicht-ideologische“ Siedler. Wallerstein ist davon überzeugt, dass die durch den Rat repräsentierten Mitglieder sich an den Aufruf zum gewaltlosen Widerstand gegen den Baustopp halten werden. Über die restlichen fünf Prozent schweigt er sich aus, gesteht jedoch ein, dass der Rat sich in der Vergangenheit mehr gegen gewalttätige Aktionen hätte aussprechen sollen. Letztlich gehe es – so Wallerstein – nicht nur um die Räumung einiger Siedlungen, sondern vor allem darum, die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern<sup>5</sup>. Mittel zur Durchsetzung der politischen Ziele sind Demonstrationen vor den Amtssitzen führender Politiker, Straßenblockaden und Streiks, aber auch Massenmobilisierungen mit bis zu 30.000 Teilnehmern, wie am 9. Dezember 2009 in Jerusalem.

Kontinuität und Wirkungsstärke der aktuellen Kampagne weisen aus, dass die Siedler-Bewegung als einflussreichste pressure group in Israel angesehen werden kann. Sie verfügt heute über eine starke Lobby im israelischen Parlament und in der Regierung Netanjahu, dessen Stellvertreter, Außenminister Avigdor Lieberman, selbst in einer Siedlung wohnt. Als die Lobby für ein größeres Israel am 2. Februar 2010 ihr jährliches Treffen abhielt, waren 39 der 120 Knesset-Mitglieder anwesend, zumeist Repräsentanten der Regierungsparteien wie *Likud*, *Israel Beitenu*, *Shas* und *Habayit Hayehudi*

(Das jüdische Heim), jedoch auch Angehörige der Oppositionsparteien *Ichud Leumi* (Nationale Union), *United Torah Judaism* und *Kadima*. Sechs *Likud*-Minister (Gideon Sa'ar, Yisrael Katz, Limor Livnat, Silvan Shalom, Moshe Ya'alon und Yuli Edelstein), die aufgrund ihrer staatlichen Funktion in keiner Lobby sitzen dürfen, sandten Unterstützungsbriefe. Der aktivste „Pate“ des Siedlungsprojekts in der Knesset, der Abgeordnete Michael Ben-Ari von *Ichud Leumi*, bekundete klare Vorstellungen darüber, wie die Zukunft des Westjordanlandes aussehen sollte: „Die Juden wurden oft genug ins Exil getrieben! Wenn es ein Volk gibt, das evakuiert werden muss und nicht hier sein sollte, dann ist das nicht das jüdische Volk“<sup>6</sup>.

## Ideologische Hintergründe

Die ideologischen Ursprünge o. g. Positionen sind in Teilen der zionistischen Bewegung zu suchen. Über das gemeinsame Ziel, eine öffentlich-rechtliche Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu schaffen, existierte in der 1897 gegründeten Zionistischen Weltorganisation weitgehende Übereinstimmung. Strittig war indes der Charakter des zukünftigen Staates. Es bildeten sich vier Hauptströmungen heraus. Die dominante Strömung war seit den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts der „Arbeiterzionismus“, eine Synthese aus sozialdemokratischem und zionistischem Gedankengut. Die Arbeitspartei (*Avoda*) führte bis 1977 alle israelischen Regierungen, ist heute jedoch nur noch marginal mit 13 Mandaten im Parlament vertreten. Eine weitere säkulare, stärker bürgerlich-liberale Strömung strebte und strebt einen Staat nach westeuropäischem Vorbild an. Der religiöse Flügel hingegen setzte sich von Anfang an für ein jüdisches Heim ein, in dem Juden streng nach dem religiösen Gesetz leben sollten. Als vierte Strömung entstand im Zionismus relativ früh ein konservativ-milanter bzw. extrem-nationalistischer Flügel, der einen jüdischen Staat auf beiden Seiten des Jordans erstrebte und sich während der Mandatszeit durch antibritischen und antiarabischen Aktionismus einen Namen machte.

Die heutige Siedlerbewegung steht in der Tradition der beiden letztgenannten Strömungen. Sie fordert, das jüdische Erbe stärker zu achten und das religiöse Gesetz rigoroser einzuhalten. Die national-religiöse Ideologie zieht ihre „Lebenskraft (...) nicht nur aus der Religion, sondern auch aus der lautstarken Beschwörung alter und neuer Feindbilder, aus dem Appell an nationalistische Gefühle und aus der Negation universalistischer Werte.“ Insofern gelten ihr „Liberalismus, Individualismus, öffentliche Erörterung der Gender-Problematik oder übermäßiges Konsumdenken (...) als Infragestellung jüdischer Werte und werden daher abgelehnt.“<sup>7</sup> Das Weltbild der Siedler ist darüber hinaus durch Demokratiefeindlichkeit, Überlegenheits-Denken, ein betontes



Freund-Feind-Bild und eine ausgesprochene Wagenburgmentalität geprägt.

Wichtigstes Gebot ist den Siedlern das Recht, ganz „Erez Israel“ in den biblischen Grenzen zu besiedeln. Die Inbesitznahme der im Sechs-Tage-Krieg eroberten Territorien wird als ähnlich wichtiger Schritt im Erlösungsprozess des jüdischen Volkes angesehen wie die neuzeitliche Rückkehr nach „Zion“ selbst. Folglich geht der religiös begründete Expansionsdrang mit dem Motiv der nationalen Wiedergeburt einher. Der wichtigste Ideologe der Bewegung, der inzwischen verstorbene Rabbiner Zvi Jehuda Kook, interpretierte gültig die theologischen Lehren seines Vaters Rav Avraham Jizchak Ha-Cohen Kook. Er verstand es, „den Unterschied zwischen theologischem und politischem Diskurs zu verwischen und vollkommene Deckungsgleichheit zwischen beiden zu erzeugen.“<sup>8</sup> Bis heute beziehen sich die Lehrkräfte an vielen Yeshivot (Talmudschulen) in der Westbank auf die Lehren beider Rabbiner.

### Hausgemachte Militanz

Yeshivot sind religiöse Ausbildungsstätten mit autoritären Strukturen, die sich von der säkularen Gesellschaft abschotten und nicht selten dem religiösen Fundamentalismus einen fruchtbaren Nährboden schaffen. Sechs der inzwischen verhafteten, bald jedoch trotz handfester Beweise wieder frei gelassenen Hauptverdächtigen für den eingangs genannten Anschlag auf die Moschee in Kfar Yassuf sind Studenten der staatlich geförderten Od Yosef Hai Yeshiva. Bei der Festnahme der Verdächtigen fanden die Ermittler Gegenstände, die bereits bei anderen Anschlägen benutzt wurden. Auch der Direktor der Yeshiva, Rabbiner Yitzhak Shapira, wurde kurzzeitig in Gewahrsam genommen. Das Zusammenspiel rassistischer Ideologie und exzessiver Gewalt mag am Beispiel seiner Studenten verdeutlicht werden. Shapira lehrt, dass es fundamentale und angeborene Unterschiede zwischen Juden und Nichtjuden gäbe. Die „westliche“ Moral lehnt er ab, weil sie jüdisches und nichtjüdisches Leben als gleichwertig betrachte. Wenige Wochen vor den Verhaftungen war er im Zusammenhang mit seinem Buch „Die Torah des Königs“ bereits in die Schlagzeilen der Presse geraten. In ihm hatte er das vorsätzliche Töten von nichtjüdischen Unschuldigen als abschreckende Maßnahme gerechtfertigt.

Militante Aktivisten stellen zwar nur eine Minderheit in der Bewegung der Siedler dar, beeinflussen jedoch in hohem Maße das politische Agieren sowohl des *Jesha*-Rates als auch der Exekutive. Eine Ende März 2010 veröffentlichte Umfrage der Hebräischen Universität Jerusalem besagt z. B., dass 21 Prozent der Siedler alle erforderlichen Mittel – einschließlich Waffengewalt – für legitim halten, um eine etwaige Räumung der Siedlungen zu verhindern.<sup>9</sup> Israelische Sicher-

heitsbehörden befürchten dementsprechend, dass Fortschritte im geplanten Verhandlungsprozess mit der Zunahme von Gewalt seitens der Siedler begleitet sein werden. Es wird sogar davon ausgegangen, dass einige Siedler Attentate auf Politiker durchführen könnten, um den Rückzug aus dem Westjordanland zu verhindern.

Das Tabu, nach dem kein Jude einen Juden töten dürfe, ist spätestens seit der Ermordung Yitzhak Rabins 1995 gebrochen. Nach eigenen Angaben fasste der Attentäter Yigal Amir seinerzeit den Entschluss, den israelischen Ministerpräsidenten zu töten, nachdem Baruch Goldstein, ein jüdischer Rechtsterrorist und Siedler, ein Jahr zuvor in Hebron ein Massaker angerichtet hatte, bei dem 29 betende Palästinenser ums Leben kamen. Goldstein und Amir waren nicht die ersten und auch nicht die letzten Terroristen aus der Mitte der israelischen Rechts- bzw. Siedlerbewegung. Schon Anfang der 1980er Jahre verübte der *Jüdische Untergrund* eine Reihe von terroristischen Anschlägen. Ende letzten Jahres wurde der Siedler Ya'akov Teitel verhaftet; ihm wird vorgeworfen, mehrere Morde und Mordversuche an Palästinensern sowie linken und christlichen Israelis geplant und begangen zu haben (Teitel wurde inzwischen in die Psychiatrie eingeliefert und damit der Gerichtsbarkeit zunächst entzogen).

Der gegenwärtige Vorsitzende des *Jesha*-Rates, Dani Dayan, distanzierte sich von den Exzessen unpopulärer Gewalt, da sie nur „strategischen Schaden“<sup>10</sup> verursachen würden. Israelische Politiker und Journalisten verweisen jedoch darauf, dass militante Kampagnen des institutionalisierten Teils der Siedlerbewegung generell in Zusammenhang mit den Kampagnen des *Jesha*-Rates zu sehen sind.

### Stellenwert des Siedlungsprojekts für den Friedensprozess

Der Status Jerusalems, die Zukunft der jüdischen Siedlungen in der Westbank und die palästinensische Flüchtlingsfrage sind gegenwärtig die drei wichtigsten Streitfragen in den gedanklichen Annäherungen an den vom Nahost-Quartett (USA, EU, Russland, UNO) geforderten Verhandlungsprozess. Die Fronten sind verhärtet; seit über einem Jahr, d. h. seit der israelischen Militäraktion in Gaza, gab es keine direkten politischen Gespräche zwischen palästinensischer und israelischer Führung. Der von der Regierung Netanjahu-Lieberman verkündete Siedlungsstopp in der Westbank kam ausschließlich durch den Druck der Obama-Administration zustande. Deren nahostpolitisches Agieren fühlt sich zwar weiterhin dem Existenzrecht Israels verpflichtet, unterscheidet sich jedoch von den Prämissen früherer US-Präsidenten. So forderte die US-Regierung im November 2009 Israel auf, alle Bautätigkeiten im Westjordanland, einschließlich in den seit 1967 annektierten Stadtteilen Ost-

Jerusalems, einzustellen. Sie kam damit Mahmud Abbas, dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, entgegen. Dieser weigert sich, neue Friedensgespräche aufzunehmen, so lange Israel weiter siedle.

Premierminister Netanjahu wies zwar jeglichen Versuch zurück, der Bautätigkeit in Ost-Jerusalem Grenzen zu setzen, war für die Westbank jedoch zu einem zeitweiligen Zugeständnis bereit in der Einsicht, die Sicherheit Israels hänge weiterhin – insbesondere in Anbetracht der iranischen Bedrohung - von der Unterstützung der Vereinigten Staaten ab. Netanjahu verkündete einen zehn Monate umfassenden Baustopp im Westjordanland, schloss jedoch Jerusalem und jene ca. 3000 Baustellen in den jüdischen Siedlungen, für die die Fundamente bis Ende November 2009 bereits gelegt waren, von der Festlegung aus.

Wie wenig der Beschluss der israelischen Regierung ernst genommen wird, zeigte sich bald in der Praxis. Zwar schickte sie Inspektoren in die Siedlungen, die die Verfügungen über den Baustopp aushändigten. Doch bereits Mitte Februar 2010 bestätigte Matan Vilna'i, der stellvertretende Verteidigungsminister Israels, dass es in 29 Siedlungen zu Verstößen gegen den 10-monatigen Baustopp gekommen sei. Er reagierte damit auf eine Pressemitteilung von *Peace Now*, der zufolge es illegale Neubauten in 33 Siedlungen gegeben habe. Die Ziviladministration hatte bis Mitte März 2010 lediglich drei illegale Neubauten in nur einer der mindestens 29 widerständigen Siedlungen zerstört.

Der Widerstand der Siedlerbewegung gegen den Baustopp scheint der israelischen Regierung nicht gänzlich ungelegen zu kommen. Er schuf ihr die Möglichkeit, die zögerliche Umsetzung des eigenen, ungeliebten Beschlusses zu rechtfertigen. Bisweilen entsteht sogar der Eindruck, als versuche die Regierung, die Siedler zu mehr Aktivismus zu ermutigen. So wurde am 26. Januar 2010 in der Knesset ein Gesetz verabschiedet, mit dem jene 6.400 Siedler amnestiert werden, die sich 2005 an gewalttätigen Protesten gegen die Räumung der Siedlungen im Gazastreifen beteiligt hatten. Auch das Dekret, im arabischen Ostteil Jerusalems zahlreiche neue Wohneinheiten für jüdische Bürger zu errichten, gehört in den o. g. Zusammenhang. Von besonderer politischer Brisanz war die Tatsache, dass der entsprechende Beschluss vom Innenminister ausgerechnet zu einem Zeitpunkt verkündet wurde, an dem der US-Vizepräsident Joe Biden zu freundschaftlichen Gesprächen in Jerusalem weilte.

## Optionen für die Zukunft

Für die in der Westbank lebenden Palästinenser bedeutet der fortschreitende Bau israelischer Siedlungen und Verbindungsstraßen nicht nur die ernsthafte Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, sondern vor allem auch den Verlust der knappen Wasserressourcen und landwirtschaftlich nutzbarer Flächen. Für die innerhalb der Staatsgrenzen lebenden Israelis schafft er eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung, da staatliche Subventionen für Siedler und Ausgaben für deren Sicherheit über Steuergelder finanziert werden und somit für Projekte im Kernland fehlen. Nicht zuletzt sind die israelischen Siedlungen nach internationalem Recht illegal, da es einer Besatzungsmacht nach Artikel 49 der 4. Genfer Konventionen von 1949 nicht erlaubt ist, Teile der eigenen Bevölkerung in besetzten Gebieten anzusiedeln. Eine einvernehmliche Lösung des Siedlungsproblems liegt somit objektiv im Mehrheitsinteresse sowohl der israelischen als auch der palästinensischen Bevölkerung.

Es wäre andererseits unrealistisch zu erwarten, dass Israel riesige Siedlungen wie Betar Ilit, Maaleh Adumim, Gush Etzion oder Modi'in Ilit aufgibt; sie liegen zwar im Westjordanland, befinden sich jedoch in unmittelbarer Nähe zur „grünen Linie“. Der realistischste Lösungsansatz für derartige „Problemfälle“ scheint ein Landtausch zu sein, der die Hauptsiedlungsblöcke entlang der Grenze von 1949 dem israelischen Staatsgebiet zuschlägt. Etwa 70 Prozent der Siedler leben in diesen Konzentrationsräumen. Die palästinensische Führung hatte in der Vergangenheit mehrfach die grundsätzliche Bereitschaft zu einem derartigen Gebietsaustausch signalisiert, wenn dieser ehrlich sei und die territoriale Kontinuität in der Westbank, zwischen dieser und Ost-Jerusalem sowie mit den von Israel angebotenen Gebieten gewährleiste. Die separierten Siedlungen dagegen müssten bei dieser Option entweder geräumt oder in den zukünftigen palästinensischen Staat integriert werden. Den im Palästinenserstaat verbleibenden Siedlern könnten staatsbürgerliche Rechte, z. B. in Form einer doppelten Staatsbürgerschaft, oder zumindest ein vertraglich garantierter Sonderstatus als Ausländer in Permanenz zugebilligt werden. Weniger realistisch, aber immerhin denkbar wäre das Szenario, die letztgenannte Regelung ohne einen Gebietsaustausch auf alle Siedlungen bzw. die nicht ins Mutterland rückkehrwilligen Siedler zu übertragen. Es könnte mit einem konstitutionell geregelten Selbstverwaltungsrecht einhergehen.

Teile der nicht-zionistischen israelischen wie auch der palästinensischen Linken propagieren indes die Einstaatenlösung unter Einbeziehung aller palästinensischen Gebiete, verbunden mit der Gewährung voller staatsbürgerlicher Rechte für alle ihre Bewohner. Dieses Projekt würde allerdings den Charakter des jüdischen Staates in Frage stellen, da demographische Untersuchungen bereits für den überschaubaren Zeitraum der kommenden zwei Jahrzehnte eine arabisch-muslimische Mehrheit im „groß-israelischen“ Staat prognostizieren.

Vorhersehbar scheint auch, dass - solange sich das politische Kräfteverhältnis in Israel nicht ändert - der temporäre Druck der US-Administration allein nicht ausreichen dürfte, um Kompromisse im o. g. Sinne von außen zu erzwingen. Vieles läuft vielmehr darauf hinaus, dass der Siedlungsbau in der Westbank und in Ost-Jerusalem mittelfristig – legal oder illegal - fortgesetzt und die Gründung eines palästinensischen Staates hinausgezögert werden. Die US-Regierung könnte, auf sich gestellt, bestenfalls ein weiteres temporäres Einfrieren des gegenwärtigen Zustands erreichen. Sie bedürfte tatkräftiger internationaler Unterstützung, nicht zuletzt seitens der europäischen und arabischen Staaten. Der israelische Ministerpräsident könnte gegebenenfalls veranlasst werden – so das Prinzip Hoffnung vieler Israelis -, die extrem-nationalistischen Segmente aus der Regierungskoalition zu entfernen und eine innen- und außenpolitisch flexiblere Mitte-Rechts-Regierung (unter Einbeziehung von *Kadima*) zu formieren.

Zunächst freilich zeigt sich Israels Rechts-Regierung wenig daran interessiert, den Status quo zu verändern. Die einzig relevante außerparlamentarische Bewegung, die der Regierung – kontraproduktive - Entscheidungen aufzuzwingen vermag, sind die Siedler selbst. Israels Linke hingegen steckt tief in der politischen Krise - sowohl auf parlamentarischer als auch auf außerparlamentarischer Ebene.

Zu den wenigen Lichtblicken zählen Graswurzelproteste, sei es in palästinensischen Gemeinden, die aufgrund des Siedlungsbaus und der Trennmauer ihre landwirtschaftliche Nutzfläche und Bewegungsfreiheit verloren haben, sei es der zivile Widerstand im Ost-Jerusalem

Stadtteil Sheikh Jarrah. Palästinensische Familien wurden dort mittels dubioser Gerichtsbeschlüsse gezwungen, ihre Häuser zu räumen, um religiös-nationalistische israelische Siedler einziehen zu lassen. Seither protestieren an jedem Freitag palästinensische Anwohner, israelische Linke und internationale Friedensaktivisten gegen das Unrecht. Die wachsende Teilnehmerzahl und öffentliche Aufmerksamkeit sind zu Symbolen gegen die israelische Siedlungspolitik geworden. Die Erfolgchance liegt nicht zuletzt in der Bündnispolitik, die sowohl Palästinenser als auch zionistische wie nicht-zionistische Israelis zu erreichen sucht. Sollten die Proteste zu Keimzellen einer neuen Friedensbewegung mit gesellschaftlicher Relevanz werden, die den Bemühungen des Quartetts und insbesondere der USA nachhaltig Geltung verschafft, so bestünde neue Hoffnung für den Friedensprozess im Nahen Osten.

---

<sup>1</sup> Zur Geschichte, Ideologie und Praxis der Siedlerbewegung vgl. Hagemann, Steffen, Für Volk, Land und Thora, Berlin 2006; ders., Die Siedlerbewegung. Fundamentalismus in Israel, Schwalbach/Ts. 2010.

<sup>2</sup> <http://www.peacenow.org.il/site/en/peace.asp?pi=61&docid=4372> (10.03.2010).

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Sprinzak, Ehud, Brother against Brother, New York 1999, S.174.

<sup>5</sup> Jerusalem Post, 15. Januar 2010, S.7.

<sup>6</sup> Jerusalem Post, 10. Dezember 2009, S.1.

<sup>7</sup> Timm, Angelika, Israel – Gesellschaft im Wandel, Opladen 2003, S.266.

<sup>8</sup> Zertal, Idit/Eldar, Akiva, Die Herren des Landes, München 2007, S.225.

<sup>9</sup> <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1160095.html> (10.4.2010).

<sup>10</sup> Jerusalem Post, 13. Dezember 2009, S. 4.

#### Impressum:

Rosa Luxemburg Foundation (CC) • Israel Office

Address: 26 Nahmani St • Tel Aviv 66794

Mailing Address: P.O.B. 536 • Tel Aviv 61004 • Israel

Phone: 03-6228290 • Fax: 03-6855632 • Email: [office@rosalux.co.il](mailto:office@rosalux.co.il)